Industriebetrieben drohen Nachteile

In Italien bevorzugt eine neue Abschreibungsregel Produkte aus der EU – die Schweiz wehrt sich

LUZI BERNET, ROM,
DANIEL IMWINKELRIED, BRÜSSEL

Als schlüge der Schweiz wegen der Brandkatastrophe in Crans-Montana nicht schon genug Unbill aus Italien entgegen, sehen sich Schweizer Maschinenbauer im südlichen Nachbarland mit grossen Schwierigkeiten konfrontiert.

Als «besorgniserregend» hat Bundespräsident Guy Parmelin in der «NZZ am Sonntag» die sich anbahnenden Probleme bezeichnet. Der Bund habe bereits Gespräche mit Rom und Brüssel geführt. Und am Jahrestreffen des WEF in Davos habe er der EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen gegenüber klargemacht: «So geht es nicht.» Nächste Schritte seien geplant, sagte eine Sprecherin des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) am Mittwoch. Man wolle rasch eine gute Lösung finden.

Will Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni heimische Firmen fördern, oder haben ihre Beamten die Tragweite einer neuen Gesetzesbestimmung nicht erkannt? FRANCESCO FOTIA / AVALON / IMAGO

Es trifft auch andere

Was ist passiert? Kurz vor dem Jahreswechsel – also noch vor der Katastrophe in Crans-Montana – hat das italienische Parlament das Haushaltsgesetz 2026 verabschiedet. Zahlreiche Bestimmungen wurden in letzter Minute eingefügt. Darunter findet sich auch ein Passus, der das Zeug hat, die Schweizer Industrie zu diskriminieren.

Konkret geht es um steuerliche Anreize für italienische Firmen, die ihren Maschinenpark erneuern wollen. Schon bisher gewährte der Staat dafür erkleckliche Steuergutschriften von bis zu 43 Prozent. Sie liefen unter dem Titel «Transizione 4.0 bzw. 5.0» und zielten darauf ab, die Anpassungsfähigkeit und die Produktivität der italienischen Industrie zu verbessern. Das neue Haushaltsgesetz führt nun das System der sogenannten «Hyper-Abschreibungen» ein. Danach sind Firmen Abschreibungen von neuen Maschinen mit dem Faktor 2,8 erlaubt. Das bedeutet: Wenn ein Unternehmen in Italien eine Maschine für 500 000 Euro kauft, darf es 1,4 Millionen Euro abschreiben.

Das Problem: Die Bestimmung gilt nur für Güter, die in einem der Mitgliedstaaten der EU oder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) hergestellt worden sind. Damit sind Schweizer Unternehmen, aber auch solche aus anderen bedeutenden Industriestaaten wie Grossbritannien, den USA, Südkorea oder Japan benachteiligt. Wohlgemerkt: Italienische Firmen dürfen weiterhin in der Schweiz Maschinen einkaufen. Aber sie haben dann mit relativ höheren Kosten zu rechnen – ein erheblicher Konkurrenznachteil, der die Branchenverbände in der Schweiz bereits auf den Plan gerufen hat.

Fachleute rätseln nun darüber, ob der Passus Ausdruck einer zunehmend protektionistischen Handelspolitik der Regierung von Giorgia Meloni ist – Stichwort «buy Italian» – oder ob sich die Beamten im Römer Finanzministerium schlicht nicht der Tragweite des Problems bewusst waren, als sie sich die entsprechende Formulierung ausdachten.

Für eine Korrektur, wie sie sich die Schweiz wünscht, ist es reichlich spät. Die Neuerung soll bereits in den nächsten Tagen in Kraft treten. Ausserdem können sich die Beamten nicht über den Parlamentsbeschluss hinwegsetzen. Das Haushaltsgesetz inklusive des umstrittenen Passus wurde von der Mehrheit beider Kammern befürwortet. Bern hofft nun auf Korrekturen auf den letzten Metern: bei den Vorschriften zur Umsetzung.

Offenbar erwägt man in Bern auch rechtliche Schritte. Es stellt sich die Frage, ob die neuen Regeln vereinbar sind mit dem Freihandelsabkommen der Schweiz mit der EU beziehungsweise mit WTO-Recht. Die Welthandelsorganisation (WTO) regelt den völkerrechtlichen Rahmen für den globalen Handel. Entsprechende rechtliche Abklärungen seien Teil der Überlegungen, heisst es von informierter Seite. Das Seco will sich dazu aber nicht äussern.

Fünftwichtigster Absatzmarkt

Doch nicht nur die Schweizer Industrie zeigt sich besorgt über die neuen Regeln. Auch italienische Industrieverbände äusserten sich skeptisch. «Auch wenn wir das Ziel der Stärkung der europäischen Lieferketten teilen, könnte eine derart übergreifende Formulierung in der Anwendung komplex sein», schreibt der Verband Anie, der die Interessen der italienischen Elektronik- und Elektrotechnikunternehmen vertritt.

Für die Schweizer Industrie steht viel auf dem Spiel. «Ohne Korrektur bis Ende Januar 2026 drohen der Schweizer Tech-Industrie spürbare Exporteinbussen», schreibt der Branchenverband Swissmem. Italien ist für die Schweizer Tech-Industrie der fünftwichtigste Absatzmarkt. Das Exportvolumen betrug 2024 laut Swissmem rund 3,2 Milliarden Franken, davon rund 900 Millionen Franken Maschinenexporte.

Die EU-Kommission verfolgt derzeit die Strategie, die wirtschaftlichen Beziehungen mit verlässlichen Partnern zu vertiefen. So will sie den Staatenbund etwas aus der fatalen Abhängigkeit von China lösen und ein Gegengewicht zum als wenig verlässlich wahrgenommenen Verbündeten USA schaffen. Auch die Schweiz ist ein Land, zu dem die EU ein enges wirtschaftliches Verhältnis anstrebt. Umgekehrt gilt das auch. Die Schweiz sei ein wichtiges Glied in den globalen und europäischen Lieferketten und trage somit zur Resilienz der europäischen Wirtschaft bei, sagt die Sprecherin des Seco.

Italiens neue Bestimmungen stehen zu den Bemühungen der EU, sich global breiter aufzustellen, in einem Widerspruch. Gleichwohl hat sich die EU-Kommission trotz mehreren Anfragen noch nicht zu den Absichten Italiens geäussert.

Wenn sie nicht reagiert, könnte das Vorwürfen, wonach sich auch die EU zunehmend protektionistisch gebärdet, Auftrieb geben.